

II-7556 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3796 1J

1989 -05- 19

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Dillersberger, Dr. Frischenschlager
an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform
betreffend Entscheidungsverzögerungen im rechtsstaatlichen
Gefüge

Die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes werden aufgrund der
von ihnen ausgeübten nachprüfenden Kontrolle verwaltungsbe-
hördlicher Entscheidungen zweifelsfrei als Stützen unseres
Rechtsstaates angesehen. Um jedoch dem rechtsstaatlichen
Auftrag entsprechen zu können, sollte die Rechtsfindung
dieser Höchstgerichte innerhalb eines angemessenen Zeitraumes
erfolgen.

Nach einer, den unterfertigten Abgeordneten vorliegenden,
Information ist die am 10.4.1985 beim Verwaltungsgerichtshof
in einer Sozialversicherungsangelegenheit eingebrachte
Beschwerde des Rentners Johann H. (VH 85/08/0001-4) hingegen
bis dato unerledigt geblieben. Da derartige Entscheidungsver-
zögerungen soziale Härten auslösen und auch im rechtsstaat-
lichen Sinne bedenklich erscheinen, richten die unterfertig-
ten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Föderalismus
und Verwaltungsreform nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie lange dauern durchschnittlich Verfahren an Gerichts-
höfen des öffentlichen Rechts?
- 2) Liegen die Gründe säumiger Erledigungen von Beschwerden in
der personellen beziehungsweise finanziellen Unter-
dotierung der angesprochenen Gerichte?
- 3) Welche Maßnahmen sind seitens Ihres Ressorts geplant, den
Rechtsfindungsprozeß des Verwaltungsgerichtshofes und des
Verfassungsgerichtshofes zu beschleunigen?